

## Dem strukturellen Defizit gegensteuern

Noch nie in dieser Legislatur wurden wir mit so vielen Briefen eingedeckt wie im Vorfeld der Dezember-Session. Nachfolgend eine kurze Darstellung einiger Aspekte.

**Finanzmisere:** Die Finanzsituation im Kanton ist keine Misere. Um sachlich zu bleiben, es ist ein drohendes Defizit, das nichts mit der laufenden Staatsrechnung zu tun hat, sondern strukturell bedingt ist. Strukturell, weil wir, wie übrigens auch die anderen Kantone und der Bund, stetig steigende Kosten im Gesundheitswesen, im Sozialbereich und in der Bildung haben. Dazu kommt, dass Luzern ein «Opfer» seines Erfolges ist. Denn, weil Luzern im interkantonalen Vergleich an Steuerkraft gewann, bekommt unser Kanton weniger Ausgleichszahlungen (NFA) vom Bund.

**Finanzstrategie:** Die Regierung und der Kantonsrat beschlossen Massnahmen in allen drei Bereichen einer Finanzstrategie, sowohl auf der Ausgabeseite (Sparmassnahmen), der Einnahmeseite (Steuererhöhung) und betreffend der Gesetzgebung (Schuldenbremse). Was Letzteres betrifft, so ist eine Vorlage auf dem Tisch, die dem Kanton erlauben

soll, sich im Rahmen von Investitionen kontrolliert zu verschulden. Also wie im Privaten, man macht ja Schulden, um ein Haus mit einem bleibenden oder sogar steigenden Gegenwert zu bauen, aber sicher nicht, um ein Konsumgut wie ein Auto zu kaufen. So will es auch der Kanton tun, um zu verhindern, dass er trotz angespannter Finanzen gleichwohl in seine Zukunft investieren kann, was mit der jetzigen rigiden Schuldenbremse nicht möglich ist.

**Steuererhöhung:** Man kann aus ideologischen Gründen für oder gegen eine Steuererhöhung sein, aber in diesem Fall wurde die Steuererhöhung von den Mitteparteien aus einer sachlichen Analyse heraus beschlossen und durchgetragen. Die wegbrechenden Zahlungen aus dem neuen Finanzausgleich (NFA) kann unser Kanton nicht durch Sparen ausgleichen. Dann käme es wirklich zu einem substanziellen Abbau staatlicher Dienstleistungen. Die SVP beabsichtigt, das Referendum gegen die Steuererhöhung zu ergreifen. Damit kommt es zu einem budgetlosen Zustand bis zur Volksabstimmung. Ich bin zuversichtlich, dass der Bürger die Notwendigkeit einer Steuererhöhung sieht. Denn sie ist ausgewogen, das heisst, sie beansprucht alle, betrifft aber niedere Einkommen weniger und höhere mehr, und sie kann einfach wieder

rückgängig gemacht werden, wenn es sie nicht mehr braucht.

ROGER ZURBRIGGEN, GEOLOGE,  
CVP-KANTONSRAT, NEUENKIRCH

Sempacher Woche

22. Dez. 2016